



Wandler

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Wandler" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien pro Woche 60 Goldmarken, in Polnisch-Oberschlesien 1500.000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus. Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM. — Preise freibleibend. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Wiederherstellung des Bezugspreises. Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einseitige mm-Spalte 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einseitige mm-Spalte 0,12 1/2 GM, im Reklameteil 0,50 GM. Auswärtige, Finanz- und Kolonialanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. In Polnisch-Oberschlesien die mm-Spalte 0,10 bzw. 0,40 GM, umgerechnet nach dem jeweiligen Stande der poln. Währ. Angebots- und Auktionsvermittlungs-Gebühren 0,10 GM, Bezugsgebühren 4.— GM %.

Verhärfung der Streifbewegung

Ob. Berlin, 16. April. (Eig. Ber.) Die Generalfreibeewegung hat eine unerwartete Verhärfung erfahren. Gestern Abend haben die Betriebsräte von 138 Fabriken der Metall- und Textilindustrie Berlins unter Beiseiteziehung der Gewerkschaften eine 40% Lohnerhöhungsforderung beschlossen unter Androhung des Generalstreiks. Die Anwesenheit des Volkshewissensführers Nadel zeigt ihre erste unerwartete Einwirkung.

Poincaré ohne Kammer

Von einem Außenpostler.
Ob. Berlin, 15. April. Im letzten Tag der vergangenen Woche, kurz vor Mitternacht, hat die französische Kammer, die im November 1919 gewählt wurde, ihr Dasein beschlossen. Ihr Präsident Herr Spadone in der Schlussansprache den Abgeordneten das übliche Selbstlob. Er rühmte das schwierige Werk der Kammer, das darin bestand habe, die Durchführung des Versailler Vertrages zu sichern, ohne den Frieden zu gefährden und die Interessen eines Schuldners unvorteilhaft zu machen, die sich bisher ständig seiner Verpflichtungen entzog. Am 11. Mai finden die französischen Neuwahlen statt. Die neue Kammer soll erst am 1. Juni zusammentreten. Ebenso hat sich der Senat auf den 2. Juni vertagt. Es herrscht also in Frankreich ein parlamentarischer Zustand wie — in Deutschland, während gerade die schicksalsschwersten Entscheidungen fallen!

In Berlin hilft sich Reichstagsler Marx durch Heranziehung der Reichspräsidenten der heutigen Länder und durch Besprechungen mit den Bratonsführern des aufgelösten Reichstags. Was ist aber Poincaré? Hat er auch Fraktionen zur Hand? Es fehlen eben in Frankreich die leitenden Fraktionen. Die Kammergruppen sind nicht die parlamentarische Vertretung jester Parteienbildungen, sondern lose gefügte Vereinigungen ohne feste Disziplin. Nur Kommunisten und antizipierte Sozialisten machen ihren Gehör unbedingte Befolgung der Parteiparole zur Pflicht. Die übrigen Gruppen überlassen es den einzelnen Mitgliedern, wie sie sich bei den wichtigen Entscheidungen zu verhalten haben. Selbst den Radikalen ist es trotz wiederholter Bemühungen nicht gelungen, so etwas wie Parteidisziplin zu schaffen. In der Provinz herrscht ein Durcheinander, das nur für Kenner der lokalen Verhältnisse entwirrbar ist.

Was ist die Folge? Das Poincaré in einem so anteparlamentarischen Augenblick nicht weiß was er will? Keine Ahnung! Er weiß es nur zu gut. Denn er hat den "nationalen Woch" hinter sich. Der "nationale Woch", den Millerand im November 1919 zum Wahlsieg geführt hat, sollte den Bruch mit dem alten System der republikanischen Parteien besiegeln und durch Befestigung der religiösen Streitigkeiten die Bahn für den Wiederaufbau Frankreichs auf wirtschaftspolitischen Grundlagen freimachen. Eines der Mittel zu diesem Wiederaufbau sollte die von Millerand betriebene Wirtschaftsverbindung mit Deutschland sein.

Aus jenen nationalen Woch hat Poincaré um Kampfe um die Reparationen, wie er sie versteht, seinen Woch gemacht, und an dessen Stofkraft über auch nichts die Zusammenfassung des neuen Kabinetts, in dem sich zwei feindliche Gegner der Poincaré'schen Hauptpolitik, Rouher und P. de Lamonville befinden. Für Poincaré gibt es nur noch eine Hilfe, das ist der 1. Mai, der Tag der deutschen Reichstagswahlen. Bis zu diesem Tage hofft er, die größten Vorteile aus den Gutachten der internationalen Sachverständigen für Frankreich unter Dach und Fach zu bringen. Er wird die Propaganda der letzten französischen Wahlwoche weiblich ausnutzen. Nach wie haben deutsche Wähler so sehr unter dem Druck einer schwierigen außenpolitischen Lage gestanden, wie jetzt am 1. Mai. Hier war die internationale Verantwortung der Parteien größer. Nur durch "diplomatische" Reichstagswahlen, so möchte man es wohl nennen, können die Wahlen der französischen Reparationspolitik bereitet werden.

Deutsche Arbeiter in England

R. Rotterdam, 16. April. (Privattelegr.) "Daily Chronicle" meldet, deutsche Arbeitervertreter treffen am Dienstag in England ein. Ihr Reich bei der Arbeiterpartei hat den Zweck, Besprechungen über die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen einschließlich Sowjetlands und über die Reparationen zu führen. Minister Henderson hat der Arbeiterpartei mitteilen lassen, daß er an den Besprechungen nur als Privatmann teilnehmen könne.

Die Unterwerfung Deutschlands

unter die Sachverständigenberichte und Ricardoverträge
Ob. Berlin, 16. April. (Eig. Ber.) Der gestern erfolgte Annahme der Ricardoverträge und der Experten Gutachten im Reichstagsrat ging der Empfang von Vertretern der Gewerkschaften einer Anzahl Parlamentarier durch den Reichstagsrat voraus. Die Gewerkschaften haben dem Kaiser ihr Einverständnis mit dem Inhalt der Ricardoverträge ausgesprochen. In rechtlichen Kreisen wußt man dem Kabinett Spreerumwurz vor, 8 Tage lang das ganze Volk mit der Behauptung der Unmöglichkeit der Erfüllung der Ricardoverträge hingehalten zu haben, um jetzt doch die Verträge bedingungslos anzunehmen. Dadurch werde jedes Vertrauen des Volkes zu seinen Staatsmännern zerbröckelt. Die deutsche Annahme des Experten Gutachten ist noch am Mitternacht auf telegraphischem Wege nach Paris gegangen, wo sie heute 12 Uhr mittags durch die Kriegskassen-Kommission überbracht wird.

Besprechungen beim Kanzler

Ob. Berlin, 16. April. Der Reichstagsrat hat heute Abend die Führer der Reichstagsfraktionen zu einer Besprechung über die nach dem Sachverständigen Gutachten geschlossene politische Lage einberufen. Die Führer der verschiedenen Parteien, ebenso wie die Sozialdemokraten, haben den Standpunkt der Reichsregierung gegenüber der Forderung der Vertreter der Reichstagsfraktionen, daß die Regierung keine hinderlichen Einwirkungen einlegen dürfe, verteidigt. Der Reichstagsrat, wie heute anlässlich mitgeteilt wird, die Auffassung, es sei Pflicht der Reichsregierung, die aus der außenpolitischen Lage sich ergebenden unumkehrbaren Entscheidungen zu treffen.

Gegen die Verträge

Ob. Berlin, 16. April. (Eig. Ber.) Hier hat außer den Deutschen auch die neue national-liberale Vereinigung Stellung gegen die Annahme der Experten Gutachten genommen. In der Frage der Unterzeichnung der Ricardoverträge bis 15. Juni erfahren wir, daß der Reichsfinanzminister und der Innenminister bei ihrer abschließenden Sitzung beifallen, aber im Kabinett überstimmt worden sind.

Zwangslage des Bergbaues

Z. N. Düsseldorf, 16. April. Aus Kreisen des deutschen Bergbaues erhält die Z. N. folgende Darstellung des neuen Ricardovertrages: Der Bergbau hat sich bei der Unterzeichnung des Abkommens in einer Zwangslage befunden. Er fand
1. unter dem Druck der zunehmenden Belastung und der steigenden Kreditvermehrung, ferner drehte bei ihm die Gefahr weiterer Arbeitseinstellungen,
2. bestand die Unmöglichkeit, den passiven Widerstand noch einmal aufzunehmen und
3. auf Seiten der Franzosen der feste Wille, um jeden Preis, auch unter dem Einsatz der militärischen Machtmittel, zu einem Abschluß zu gelangen.
Die schweren Losen für den Bergbau werden immer weiter steigen. Der Bergbau wird gerötet sein, so mehrmals, wie bisher, in seine Existenz eingezogen. Es besteht allerdings ein gewisser Hoffnungsschimmer, daß nimmer die Möglichkeit zur Aufnahme weiterer Kredite gegeben ist. Wenn allerdings diese Hoffnung trübt, dann besteht kaum noch die Möglichkeit für die Lebensfähigkeit des Bergbaues. Es ist also durchaus kein Grund zum Exultieren gegeben.

Neue Preissteigerungen

Berlin, 16. April. (Privat.) Die Preisentwicklung nach oben hat sich auch in der neuen Woche fortgesetzt, ohne daß unmittelbare Ursachen hierfür ersichtlich sind. Der Montag hat in den Berliner Märkten wieder um 5 bis 10 Prozent höhere Preisnotierungen gebracht.

Russisch-ungarische Verständigung

Budapest, den 15. April 1924. Aus guter Quelle verlautet, daß die ungarische Regierung binnen kurzem Besprechungen aufnehmen wird, um die diplomatischen Beziehungen mit Rußland wieder herzustellen. Sobald die Besprechungen zu Ende geführt sind, wird Ungarn die Sowjetregierung anerkennen und einen Gesandten nach Moskau entsenden.

Regierung und Parteien

Die Reichsregierung beabsichtigt, sobald nach der Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder das Resultat dieser Besprechungen sich in der darauf folgenden Kabinettsitzung zu einem eindeutigen Beschluß verhalten hat, noch am Montag oder eine Besprechung mit den Führern der Reichstagsparteien über das Gutachten der Sachverständigen einzuleiten. Voraussetzungen werden zuerst die Führer der Regierungskoalition und dann die der Opposition empfangen werden. Die Reichsregierung wird dabei die Parteiführer um ihre Meinungsäußerung ersuchen, wie sie sich zu der Politik der Regierung stellen, zur Aufrechterhaltung der Kontinuität in der äußeren Politik die Geschäfte auch nach den Reichstagswahlen solange weiterzuführen, wie es die Lage erforderlich macht. Man wird versuchen, die Zustimmung der Parteien dazu zu erlangen, daß das jetzige Kabinett noch die volle Verantwortung für den Ausgang der Verhandlungen über die Reparationsfrage übernimmt, und will sich verewilligen, daß der Abschluß nicht unmittelbar nach den Wahlen durch eine vorzeitige Regierungserklärung gefordert wird. Die Regierungsparteien werden sich aller Voraussicht nach damit einverstanden erklären, auch von Seiten der Sozialdemokraten erwartet man keinen grundsätzlichen Widerspruch, weil die Sozialdemokratie im großen und ganzen mit der Außenpolitik Dr. Stresemanns einverstanden ist. Dagegen ist es äußerst zweifelhaft, ob die Deutschnationalen dieses Ansinnen nicht zurückweisen und propagandistisch auszunutzen versuchen werden.

Griechenland wird Republik

× Berlin, 15. April.
Am vergangenen Sonntag hat das griechische Volk, dessen Staatsleben von Jahr zu Jahr unter den schwersten inneren Erschütterungen und Kämpfen um die Staatsform gelitten hat, in einer zwar höchst lebensschmerzhaften, aber doch unumkehrbaren Entscheidung für die Staatsform der Republik entschieden. General Constandaris, der mit Aufhebung eines großen militärischen Apparates dafür gestimmt hatte, daß diese Umwälzung ohne neues Bürgervergehen stattgefunden hat, wird als vorläufiger Präsident auch weiterhin die Staatsgeschäfte führen. Da nach den vorliegenden Mitteilungen etwa drei Viertel aller Stimmen für die Republik abgegeben wurde, so ist doch mehr als wahrscheinlich, daß die Monarchisten durch die Maßnahmen eines des Arztes lagers stützenden Militärs an der Entscheidung ihrer ganzen Wählermassen gehindert worden sind. So dürfte auch der jetzt geschaffene Zustand, der offensichtlich nur einer augenblicklichen politischen Stimmung des griechischen Volkes Ausdruck gibt, wiederum nicht dem Lande die so dringende innere Ruhe geben, vielmehr eher Anlaß werden zu neuen Vorgehens und zu neuen Kämpfen, die zweifellos dem lebensschmerzhaften Charakter des politischen Wirkens in Griechenland entsprechende wichtige Zusammenstöße und schwerste Erschütterungen des Staatswesens auch unter der neuen Staatsform mit sich bringen.

Volkshewissensführer in Berlin

Berlin, 16. April. (Privat.) Der Volkshewissensführer Nadel weist seit Montag wieder in Berlin abgetreten. Mit ihm sind eine Anzahl anderer Volkshewissensführer in Berlin eingetroffen. Das Reichstagsrat der letzten kommunistischen Generalfreibeewegung in Deutschland, die mit dem Scheitern des Eisenbahnerstreiks besiegelt war, ist zweifellos wieder die Veranlassung der neuen Volkshewissenszusammenkunft in Berlin.

Dämmerung in England

Rotterdam, 16. April. (Privat.) Wie die Morningpost aus Birmingham meldet, sprach Lord Grey am Sonntag auf Einladung des Industriellenverbandes. Der frühere Außenminister habe die politische Lage Englands in auffallend düsteren Farben gezeichnet, er habe von einer Annahme der Weltmachtstellung Englands gesprochen. Seit dem siegreichen Ausgang des Krieges sei England immer mehr von dem Schicksal verdrängt worden, was die neue Bündnispolitik auch eine neue Machtverteilung einleite, die ihre Wurzeln auf die Kolonien früher oder später ausbreiten müsse. Für die Wiederaktivität Englands in den europäischen Fragen müsse das ganze britische Volk aufgerufen werden.

Deutsch-polnische Verhandlungen

Z. N. Berlin, 16. April. Dolmetscht wird mitgeteilt: Die im Februar und März in Genf und Warschau geführten deutsch-polnischen Verhandlungen über die Art. 3 und 5 des zwischen Polen und den alliierten Anwerbern geschlossenen Vertrages vom 28. Juni 1919 betreffend die Frage der Staatsangehörigkeit sind der Lösung, die zu der Resolution des Völkervertrages vom 14. März geführt haben, nach dieser Lage in Berlin wieder aufgenommen worden. Bei den Besprechungen teilte der Präsident des ober-schlesischen Schiedsgerichtes, Prof. Rachenbrock mit, auf den sich die beiden Regierungen, dem Beschluß des Völkervertrages vom 14. März entsprechend, als Vermittler und Schlichter verpflichtet haben. Die Besprechungen haben zur Unterzeichnung eines Protokolls geführt, wonach die Verhandlungen Ende April in Wien aufgenommen werden.

Einberufung in Rumänien

Berlin, 16. April. (Privat.) Das rumänische Generalkonzept hat an zahlreiche militärische Rumänien Einberufungsbesche ausgegeben. Die Befehlsgeschäfte lauten auf den 22. April und werden unmittelbar mit den militärischen Maßnahmen Rumänien wegen Deserabien in Verbindung.

R. Rotterdam, 16. April. (Privattelegr.) Die "Times" melden aus Bukarest, die Genietruppen und die Artillerie in der Bukarester Garnison sind am Sonntag an die befreundete Grenze abtransportiert worden. Die Bevölkerung bereite den ausziehenden Truppen große Ovationen. Im Anschluß an die vaterländischen Kundgebungen kam es zu neuen Pogromen.

Streikluft in England

R. Rotterdam, 16. April. (Privattelegr.) Wie "Daily News" meldet, streiken am Montag in England 70000 Arbeiter. In Liverpool streiken die Gasarbeiter, in Glasgow die Maschinenbauer, in Birmingham die Straßenarbeiter. Täglich kommt es zu neuen Lohnforderungen. Die englische Lohnkala zeige seit 1. Januar eine beachtliche Aufwärtsbewegung, die sich auch bereits in den Preisen der Einzelartikel auszuwirken beginne.

Ruhe in der Pfalz

R. Rotterdam, 16. April. (Privattelegr.) Die "Times" melden aus Speyer, die alliierte Kontrollkommission habe gestern die Pfalz verlassen und sei nach Coblenz zurückgekehrt. Sie habe im allgemeinen die Wiederherstellung derjenigen Verhältnisse festgestellt, wie sie vor der Separatistenherrschaft bestanden hätten. Hinsichtlich der schwelenden Streitfragen aus der Separatistenzeit und der Rückkehr der noch ausgewiesenen Beamten würden die Verhandlungen mit den französischen Militärbehörden von Coblenz aus fortgeführt werden.